

## „Die neue Generation der Westdeutschen ist selbstbewußter“

### Der scheidende US-Botschafter Richard Burt zieht Bilanz

Richard („Rick“) Burt, 41, kam 1985 als jüngster amerikanischer Botschafter nach Bonn. Zuvor war der Absolvent der Cornell-Universität studentischer Rocksänger, Forscher am Londoner Institut für Strategische Studien, Militär-Reporter der New York Times und Direktor der Europa-Abteilung im State Department. Am 1. Februar geht er als Investment-Banker zu Shearson, Lehman, Hutton nach London. Für die SZ sprach Josef Joffe mit ihm zum Abschied über das neue Selbstverständnis der USA und der Bundesrepublik, die Zukunft des Bündnisses in der Ära Gorbatschow und über akute Probleme wie Chemie-Exporte und Libyen.

SZ: Wie hat sich die Bundesrepublik in Ihrer Amtszeit verändert?

Richard Burt: Da ist ein vierfacher Wandel, der schon vor mir begann und nach mir auch weitergehen wird. Der erste ist der Generationswechsel: Es gibt immer mehr Politiker, die den Krieg und die Nachkriegszeit nicht mehr aus eigener Hand kennen; das prägt das Selbstverständnis der Bundesrepublik. Das heißt nicht, daß die Deutschen den Krieg vergessen haben; sie haben bloß nicht mehr dieselbe Beziehung dazu...

Was heißt es dann?

Die neue Generation der Westdeutschen ist selbstbewußter. Zweitens: Die Bundesrepublik ist „ergrünt“. Nicht, daß die großen Parteien das gesamte Programm der Grünen übernommen hätten, doch das Grundanliegen – eine sauberere und sicherere Umwelt – ist akzeptiert worden. Dies hat neue Irritationen gezeugt, zum Beispiel über Tiefflüge.

### „Ein dritter Wandel ist der Gorbatschow-Effekt“

Was hat „Ergrünen“ mit Tiefflug-Ärger zu tun?

Die große ausländische Truppenpräsenz, Atomwaffen und ausgedehnte militärische Aktivitäten in der Bundesrepublik werden teilweise als ökologisches Problem gesehen. Ein dritter Wandel ist natürlich der Gorbatschow-Effekt...

... der etwa zu selben Zeit auf der Bühne erschien wie Sie?

... und da gilt es zu verstehen, daß der Grund für bundesdeutsche Streitkräfte anders ist als etwa in Frankreich oder England, wo die Armee eine alte Weltmachtrolle symbolisieren soll. Doch die Existenzgrundlage westdeutscher Militärmacht war ausschließlich die sowjetische Bedrohung. Und wenn Gorbatschow die Deutschen überzeugen kann, daß es die Bedrohung nicht gibt, dann wird diese Existenzgrundlage unterminiert. Gorbatschow hat überall seine Wirkung gehabt,

aber am meisten in bezug auf den Verteidigungskonsens hier.

Viertens ist die innerdeutsche Beziehung in meiner Zeit erheblich intensiviert worden. Kurzum: 40 Jahre nach dem Krieg ist das Selbstverständnis der Deutschen „normaler“ geworden, und sie wollen eine normalere Rolle in der Welt spielen.

Eine normalere, selbstbewußtere Bundesrepublik – schafft das nicht Probleme für die amerikanische Außenpolitik?

Natürlich, denn beide Länder neigen dazu, den anderen durch die Brille der Vergangenheit zu betrachten. Das Amerika John F. Kennedys, das „jeden Preis, jede Bürde“ zu tragen bereit war, gibt es ebensowenig wie eine Bundesrepublik, die geradezu instinktiv der amerikanischen Führung folgte. Obwohl Gleichklang bei den Grundwerten herrscht, streiten wir uns über Einzelheiten: über Handelspolitik, die militärische Modernisierung, die für die Strategie der „flexiblen Erwidern“ nötig ist, unsere Politik gegen Störenfriede in der Dritten Welt wie etwa Libyen. Was aber den Dissens so auflädt, ist das jeweils schiefe Bildnis vom anderen. Deshalb habe ich immer für eine „reife Partnerschaft“ plädiert, einer anderen Beziehung als in den 60er und 70er Jahren.

Wenn beide Länder mit obsoleten Bildnissen arbeiten – wie hat sich eigentlich Amerika verändert?

Die USA sind „populistischer“ geworden: Sie sind im Vergleich zu 1945 nicht mehr so mächtig, und deshalb die natürliche Tendenz, andere an der Verantwortung teilhaben zu lassen. Zweitens gibt es eine gewisse Ermüdung: Die einen wollen nicht mehr die große Truppenpräsenz in Europa aufrechterhalten, andere wollen eine härtere Gangart beim Handel – also Populismus links und Unilateralismus rechts, und beides könnte die Beziehung zu Europa unterminieren.

Die USA werden also selbstsüchtiger, die Bundesrepublik wird selbstbewußter. Wie kann dann diese Beziehung bestehen, die den Kern des Bündnisses darstellt?

Die offenkundige Antwort ist: Wir müssen diese Beziehung aufrechterhalten. Wieso?

Es gibt weder für uns noch für Sie eine echte Alternative. Die USA können sich nicht aus der Welt zurückziehen; das würde weder unserer Sicherheit noch unserer Wirtschaft helfen. Die USA brauchen eine Politik des globalen Engagement, und die Regierung Bush wird sie fortführen. Und die Bundesrepublik hat auch keine echte Alternative. Es wird wohl immer eine romantische Diskussion geben – über einen „dritten Weg“ oder eine „Brückenfunktion“ zwischen Ost und West. Doch weiß

jetzige Regierung gewiß, daß Bonn eine aktive Ostpolitik nur als vertrauenswürdiger, loyaler Bündnispartner führen kann. Aber die Pflege des Verhältnisses wird künftig sicherlich schwieriger sein.

Weil beide Länder inzwischen – siehe Tiefflüge – die Kosten viel genauer berechnen? Wenn aber die beiden Hauptmächte der Allianz nicht mehr den herkömmlichen Preis entrichten wollen, was dann?

Vorweg: Außergewöhnlich ist doch, daß wir beide die Bürde so lange auf uns genommen haben. Die USA mit ihrer kostspieligen, fast 44 alten Europapräsenz, die im Wahlkampf '88 so gut wie keine Rolle gespielt hat: Der Sieger, George Bush, hatte sich verpflichtet, nie einseitig diese Präsenz zu verringern. Es ist auch sehr eindrucksvoll, wie die Deutschen mit einer militärischen Last gelebt haben, die so kein anderes Land zu tragen hat. Ich sehe auch keinen verantwortungsbewußten Politiker, der diese Präsenz massiv beschneiden wollte. Statt dessen wollen die Leute einen Dialog mit den Verbündeten über die Erleichterung der Bürde. Und alle Alliierten sind bereit, eine solche Diskussion – etwa über Tiefflüge – zu führen.

### „Die Welt ist seit 1945 pluralistischer geworden“

Allgemeiner gefragt: Wie soll denn eine „reife Partnerschaft“ aussehen?

Die Welt ist im Vergleich zu 1945 pluralistischer geworden, es gibt mehr Machtzentren, und eines davon wird Europa sein. Und da wird wiederum die Bundesrepublik größere Verantwortung übernehmen – in und außerhalb Europas. Die USA werden zwar weiterhin Führung ausüben müssen, aber auf andere Weise: nicht mehr, indem wir eine Art unvermeidlichen Gehorsams erwarten, sondern durch Konsultation und neue Formen der Zusammenarbeit. Die USA werden zwar mehr Manövrierraum, aber eine schmalere Fehlermarge haben. Und da werden ironischerweise Verbündete noch wichtiger sein.

Weniger Spielraum für Irrtum?

Wir werden nicht mehr so viel Macht haben, die es erlaubt, schlechte Politik zu verbergen. Deshalb werden wir von den alten europäischen Großmächten lernen und eher strategisch beim Schutz unserer Interessen vorgehen müssen.

Wenn beide Seiten nach mehr Freiheit streben, wie können dann die USA mehr von ihren Verbündeten erwarten?

Das paßt schon zusammen. In einer pluralistischen Welt werden sich alle Beziehungen etwas lockern. Natürlich wird es dann Streit zwischen Bonn und Washington geben, aber das sollte uns nicht schocken. Nur: Die Grundbeziehung mußte immer Vorrang genießen. Und: Konsultation und Kooperation auf Seiten der USA wird entscheidend sein.

Nehmen wir die jüngste Zeit als praktisches Beispiel: Spannungen und Ressentiments wegen Hormonfleisch, Tiefflüge, Li-

Quelle

Datum

byen, und Chemie-Exporte. Soviel Krach auf einmal hatten wir schon lange nicht

mehr. Ist das ein Routinekonflikt oder ist Tieferes im Spiel?

Wahrscheinlich beides. Die konkreten Konflikte sind Routine, und sie können bereinigt werden. Chemie-Exporte in die Dritte Welt zum Beispiel sind bloß eine Frage ausreichender Exportkontrollen, und da war auch etwas emotionale Übertreibung im Spiel. Das tiefere Problem sind die gegenseitigen Erwartungen. Die Bundesrepublik will mehr Verständnis, Washington mehr Harmoniebereitschaft als jeder sie vom anderen zu bekommen glaubt. Deshalb ist es so wichtig, daß beide sich über das gewandelte Verhältnis verständigen. Das wird auch geschehen. Es gibt wohl keine Regierungschefs, die dazu so befähigt sind wie Kanzler Kohl und Präsident Bush. Kohl ist ein wahrer Freund der USA. George Bush hat mehr internationale Erfahrung als jeder Präsident seit Eisenhower. Außerdem kennt und versteht er die Bundesrepublik.

### „Gefahr der Emotionalisierung“

Viele Leute glauben, daß Washington mit Hilfe der Presse eine Kampagne gegen Bonn entfacht habe. Sie waren ja New York Times-Reporter, gab es die?

Nein, das glaube ich nicht. Ich habe genug Erfahrung auf beiden Seiten, um zu wissen, daß eine solche Kampagne die Möglichkeiten Washingtons bei weitem übersteigt. Dazu ist unsere Presse zu unabhängig. Nur: Diese Sache bestätigt abermals die Gefahr der Emotionalisierung. So wie bei uns eine Tendenz besteht, empfindlich auf Anti-Amerikanismus in der deutschen Presse zu reagieren, so ist hier eine gewisse Überreaktion auf die Berichterstattung bei uns sichtbar geworden ist. Wahrscheinlich ist die Presse nirgendwo so frei wie in unseren beiden Ländern. Aber das birgt auch Risiken ...

Welche?

Das Risiko des Sensationalismus; Irritationen und Spannungen zwischen Bonn und Washington werden in der Presse sehr gerne aufgeschnappt, zumal hier.

Aber auch dort, insbesondere, wenn es um die deutsche Vergangenheit geht.

Das stimmt, aber wie müssen uns vor einem zweifachen Fehler hüten. Jedermann würde hier sicherlich zustimmen, daß es ein furchtbarer Fehler wäre, die deutsche Vergangenheit zu ignorieren. Aber es wäre nicht minder furchtbar zu ignorieren, welche großartigen Leistungen dieses Land in der Nachkriegszeit vollbracht hat: eine demokratischen Verfassung, die so eindrucksvoll die Bürger- und Menschenrechte aller Deutschen schützt.

### „Die Bedrohung hat nicht abgenommen“

Zurück zum Bündnis: Jede Allianz beruht auf einer gemeinsamen Bedrohungsvorstellung. Wenn nun aber diese, wie hierzulande, sinkt oder verschwindet, wie

kann dann das Bündnis bestehen?

Ich freue mich, daß Sie vom Sinken der Bedrohungsvorstellung sprechen, denn die objektive Bedrohung hat keineswegs abgenommen.

Wieso nicht?

Weil Herr Gorbatschow zwar wichtige Versprechungen gemacht hat, aber die sowjetische Invasionsfähigkeit in Europa besteht fort. Außerdem gilt es zu erkennen, daß der Westen einen wichtigen Anteil an der Geburt von Perestrojka und Glasnost hat. Dahinter steht auch die Erkenntnis der Sowjetunion, daß ihre Hegemonial- und Einschüchterungspolitik am Widerstand des Westens gescheitert ist. Zweitens geht es bei unserem dauerhaften Bündnis nicht nur um das militärische Gleichgewicht, sondern auch um Werte und ein dynamisches politisches System.

Braucht man dazu sovielen Truppen und Atomwaffen?

Die langfristige Antwort lautet: Nein.

Und die kurzfristige?

Um eine Halbierung der strategischen Waffen und die Beseitigung der östliche konventionellen Überlegenheit durch Rüstungskontrolle zu erreichen, müssen wir vorerst unsere militärischen Möglichkeiten erhalten.

Eine Frage zu Ihnen selbst: Ihr Vorgänger war mehr als 80 Jahre alt, als er Bonn verließ, Ihr Nachfolger ist über 70. Hatten Sie es schwer, als Enddreißiger Botschafter in Bonn zu sein?

### „Vernon Walters hat die Energie eines 40jährigen“

Vorweg: Wer meinen Nachfolger Vernon Walters kennt, weiß, daß er die Energie eines 40jährigen hat; chronologisches Alter ist also nicht entscheidend. Aber natürlich waren manche skeptisch über einen so jungen Botschafter wie mich. Obwohl ich weder die Erfahrung noch die Weisheit von Arthur Burns besaß, brachte ich andere Fähigkeiten mit.

Welche?

Neue Ideen in den deutsch-amerikanischen Dialog einzubringen und die jüngere Generation anzusprechen.

Wie das?

Ich bin viel gereist; es ist nicht so gut, die ganze Zeit in Bonn zu verbringen. Obwohl Westdeutschland geographisch klein ist, beherbergt es doch enorme Vielfalt. Es gibt sozusagen mehrere Hauptstädte: das Finanzzentrum Frankfurt oder die Pressekapitale Hamburg. Zweitens habe ich dabei nicht nur die jetzige Politiker-Generation getroffen, sondern auch deren potentielle Nachfolger, die eine ganz andere andere Sicht über das Bündnis haben.

Waren Sie je ein „Vizekönig“?

Ich hoffe nicht. Mein ganzes Trachten war es, jegliche „Besatzungsmentalität“ Lügen zu strafen und zu demonstrieren, daß wir Freunde sind.

Sie wollen jetzt Banker in London werden. Vorher waren Sie Akademiker, Journalist und Beamter. Ist das eine typisch amerikanische Karriere?

Vielleicht heißt das nur, daß ich keinen Job auf Dauer halten kann.

62